

Fängt beim Geld die Freundschaft an?

Verlust oder Chance oder beides? Wirtschaftlich gesehen hätte ein Abzug der US-Truppen aus Bamberg viele Aspekte – hier einige Fakten

Die Gerüchteküche brodelte schon seit längerem – offen diskutiert wurde aber nie darüber. Nach neuesten Tendenzen in der Bush-Regierung könnten die USA ihr in Bamberg stationiertes „279th Base Support Battalion“ abziehen und den Standort auflösen. Ein Leserbrief von GAL-Stadtrat Wolfgang Grader, in dem er diese Möglichkeit ansprach und die Stadt aufforderte, für den Fall der Fälle Vorsorgemaßnahmen zu erarbeiten, schlug dann plötzlich hohe Wellen. Der GAL wurde vorgeworfen, den Abzug herbeizureden, und ein Wust an Behauptungen und unbelegten Zahlen sollte die Bedeutung der US-Garnison für Bamberg demonstrieren.

Die ganz hat nun versucht, über die Folgen einer Standortauflösung objektiv zu recherchieren und herauszufinden, welche wirtschaftliche Bedeutung die derzeit rund 8000 bis 8500 US-BürgerInnen (davon 3200 SoldatInnen) für Bamberg wirklich haben. Ein Debattebeitrag ohne Anspruch auf Vollständigkeit.

Wie schaut's eigentlich aus ...

... mit Bauaufträgen für Bamberger Firmen?

Um darauf zu antworten, muss das Verfahren erklärt werden. Die in den Warner Barracks auszuführenden Bauarbeiten werden zu 90% über das Staatliche Hochbauamt Bamberg nach deutschem Vergaberecht vergeben. Derzeit aktuelle Projekte umfassen eine Planungssumme von 160 Mio Euro, was sich allerdings über mehrere Jahre hinzieht. Im Jahr 2003 hat das Hochbauamt bisher im Umfang von 15 Mio Euro Auftragsvergaben erteilt.

Wie der FT Mitte Juli meldete, wurde jedoch aufgrund der aktuellen Standortreform-Diskussion in der US-Regierung ein Teil der Baupläne auf Eis gelegt, darunter z.B. ein ebenerdig geplantes Einkaufszentrum mit fast 600 Parkplätzen. Für dieses überdimensionierte Vorhaben, das eine Flächenversiegelung in der Größenordnung des Bamberger Forums an der Forchheimer Straße in Kauf nimmt, wurden allerdings bereits jetzt mehrere Hektar im Naturschutzgebiet Hauptsmoorwald gerodet.

Die Aufträge aus dem US-Gelände werden öffentlich ausgeschrieben, d.h. im Bayerischen Staatsanzeiger und mit Hinweis in der regionalen Presse veröffentlicht. Den Zuschlag bekommt, wie auch bei Ausschreibungen deutscher Behörden, das wirtschaftlichste

Angebot. Da bei fast allen Bauvorhaben der US-Standort eine Paketlösung gewünscht, d.h. alle Gewerke (vom Aushub bis zur Schlüsselübergabe) in einer Hand liegen sollen, kommen in der Regel nur so genannte Generalunternehmen (GUs) zum Zuge. Ein solches Generalunternehmen ist in Bamberg nicht ansässig.

Das Staatliche Hochbauamt nennt acht Firmen, die bisher mit nennenswertem Erfolg US-Aufträge an Land ziehen konnten. Darunter sind am nächstgelegenen zwei Bauunternehmen in Weismain (Dechant) und in Ebensfeld (Raab). Die übrigen kommen aus Nürnberg, Bayreuth, Vilseck und Mannheim. Die GUs haben mindestens 30% der Leistung im eigenen Betrieb zu erbringen, darüber hinaus beschäftigen sie so genannte Subunternehmen – und hier kommen dann doch wieder Firmen aus dem Raum Bamberg ins Spiel.

Nach Auskunft des derzeit wohl am umfangreichsten beteiligten Unternehmens in Mannheim lässt man bei einem aktuellen Auftragsvolumen von 7 Mio Euro rund 5,5 Mio Euro über Subunternehmen erledigen – diese kommen zwar nicht aus der Stadt Bamberg, aber zu 90% aus der Region (wobei der Mannheimer einen Umkreis von bis zu 100 km zur Region rechnet). Eine Nürnberger Firma mit aktuell 4,2 Mio Euro Auftragssumme beschäftigt zu 19% Unternehmen aus Bamberg und dem Landkreis, weitere 11% werden nach Zeil und Coburg vergeben. Einen 5-Mio-Auftrag hat eine weiteres Unternehmen aus Nürnberg vor kurzem abgeschlossen: die Bamberg-Quote lag zwischen 5 und 8%.

Arbeiten für 1 Mio Euro werden im Moment von Dechant (Weismain)

ausgeführt, bei ca. 50%iger Beteiligung von Bamberger und Umlandfirmen. Raab (Ebensfeld) kommt auf eine Summe von 400.000 Euro, erledigt zu 80% die Arbeiten selbst und vergibt den Rest fast vollständig in den Landkreis Bamberg. Das GU aus Vilseck vergab bei einer soeben abgeschlossenen Baumaßnahme für 1 Mio Euro deutlich mehr als 50% an hiesige Firmen.

Insgesamt zeigt sich schätzungsweise folgendes Bild: Die im US-Standort durchgeführten Arbeiten dürften deutlich unter 50% an die Region vergeben werden. Unternehmen direkt aus Bamberg machen einen nur geringen Anteil aus.

... mit den deutschen Zivilangestellten?

Mehrere Hundert arbeiten in den US-Kasernen, aber wie viel genau, war merkwürdigerweise nicht zu ermitteln. Vor ein paar Monaten gab der deutsche Betriebsvertreter im US-Standort ihre ungefähre Zahl mit 400 an, was von der GAL auch so weiterverwendet wurde. (Seither geistert diese Zahl übrigens durch alle Leserbriefe und Medien.) Bei nochmaliger Nachfrage in der Bamberger US-Stelle für Öffentlichkeitsarbeit schätzte man die Zahl auf um die 300 ein. Weitere Informationen waren leider nicht mehr zu bekommen.

In jedem Fall gab es schon mal mehr deutsche Beschäftigte. Als bereits Anfang der 90er Jahre ein Teil der US-Armeeangehörigen abgezogen wurde, setzte sich die Gewerkschaft, damals noch ÖTV, vehement für die Beschäftigten ein. Nach ihren damaligen Anga-

ben waren 630 Arbeitsstellen mit Deutschen besetzt, davon sollten durch die Standortreduzierung 239 gestrichen werden. Ein späterer Bericht der ÖTV von 1997 spricht von 350 Mitarbeitern. Schätzungsweise dürften es seither zumindest nicht mehr geworden sein.

... mit Schlüsselzuweisungen?

Das Grundgesetz verpflichtet die Bundesländer, einen so genannten kommunalen Finanzausgleich zu machen. Einen Teil seiner Steuereinnahmen muss also jedes Bundesland auf die Gemeinden verteilen. Dabei bekommen je nach Wirtschafts- und Finanzkraft, Größe und Einwohnerzahl die Kommunen unterschiedlich hohe Beträge. Berechnet wird das nach einem komplizierten Schlüssel, deshalb auch der Begriff Schlüsselzuweisungen.

Für die Stadt Bamberg spielen hier die US-BürgerInnen eine nicht unerhebliche Rolle. Die derzeit 2200 in Bamberg „nicht-kaserniert“ wohnenden AmerikanerInnen werden zu ca. 75% pro Kopf mitgezählt. Grob gerechnet, so die Auskunft aus der städtischen Kämmererei, erhält die Stadt pro AmerikanerIn ein „Kopfgeld“ von 500 Euro, im Jahr also 1,1 Mio Euro – die dem Stadtsäckel fehlen würden, wenn diese Einwohner die Stadt verlassen. Insgesamt betragen die Schlüsselzuweisungen für die Stadt Bamberg derzeit jährlich ca. 12 Mio Euro. Zum Vergleich: Die Einnahmen der Stadt aus Grundsteuer A und B lagen 2002



An der Ecke Berliner Ring – Zollnerstraße. Bautätigkeiten für ein neues Sportgelände Foto: Erich Weiß

I N H A L T

Lieber grün wählen als schwarz ärgern

Die ganz stellt die grünen KandidatInnen aus Bamberg vor, zieht eine Bilanz der letzten fünf Jahre grüner Landespolitik und erklärt Wahlsystem in Bayern.

Seite 3

Ein Schritt in die falsche Richtung?

Die Agenda 2010 könnte eine echte Strukturreform werden. Dazu fehlt aber bisher noch eine ökologische Ausrichtung und mehr soziale Ausgewogenheit. Die Position der GAL Bamberg auf

Seite 4

Hü oder Hott?

Beim Thema Schulen sitzt die bayerische Landesregierung in der Klemme zwischen alten Aversionen und guten Argumenten.

Seite 5

Bio bringt Bares

Die von Renate Künast eingeleitete Agrarwende bietet gute Chancen für bayerische und fränkische Bauern.

Seite 6

Wegweiser durch Zahlenkolonnen

Damit die BürgerInnen auch nachvollziehen können, was mit ihrem Geld passiert, gibt es in vielen Städten bereits so genannte Bürgerhaushalte.

Seite 7

Lichtblicke

Ein Agenda-Projekt gibt es jetzt zu kaufen: Der TransFair-Bamberg-Kaffee

Seite 7

e-on heizt das Klima an

Wie der Energiekonzern mit „Öko“ wirbt, und gleichzeitig umweltfreundliche Stromerzeuger knebelt.

Seite 7